

NIEDERSCHRIFT

über die 13. Sitzung der Stadtvertretung Hagenow am
2. Februar 2006

Sitzungsort : Rathausaal der Stadt Hagenow
Sitzungsbeginn: 18.00 Uhr

Anwesende: 21 Stadtvertreter um 18.00 Uhr
22 Stadtvertreter ab 18.55 Uhr

Herr Speßhardt, Herr Antonioli, F., Herr Kluth, Frau Tamm, Herr Meyer, Herr Strauß, S.,
Herr Antonioli, J., Herr Schlüter;

Herr Helms, Herr Dr. Buchholz, Frau Hase, Frau Dr. Weber, Frau Schulz, Herr Schiffner,
Herr Möller, Herr Wolf;

Frau Měšť'an, Frau Kryzak, Herr Opitz, Herr Wrankmore, Frau Dr. Meier;

Herr Reuter.

- Frau Dr. Weber ab 18.55 Uhr anwesend

Entschuldigt: **3 Stadtvertreter** / Frau Bahr, Frau Sühr, Herr Petters

Unentschuldigt: /

Teilnehmer der Stadtverwaltung:

Bürgermeisterin Frau Schwarz, Amtsleiter Herr Hofmann, Amtsleiter Herr Hochgesandt, Frau
Heimke, Frau Kamrau, Amtsleiter Herr Näth, Herr Briesemeister, Wirtschaftsförderer Herr
Becken, Gleichstellungsbeauftragte Frau Schweda .

Ortsteilvertreter: Herr Fischer, Frau Kischka, Herr Dr. Borchert, Herr Vieth,
Frau Schmedemann, Herr Kienapfel

Geladene Gäste: Vertreter des Panzergrenadierbataillons 401

- Pressevertreter SVZ
- Einwohner

TAGESORDNUNG:

- a) Begrüßung durch den Stadtvertretervorsteher
- b) Einwohnerfragestunde
- c) Feststellung der Beschlussfähigkeit: Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung der
Sitzung; Feststellung der Anwesenheit
- d) Information über gefasste Beschlüsse aus dem nichtöffentlichen Teil der
vorangegangenen
Sitzung
- e) Änderungsanträge zur Tagesordnung
- f) Bericht der Bürgermeisterin über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige
Angelegenheiten der Stadt
- g) Anfragen der Stadtvertreter und Ortsteilvertreter aus aktuellem Anlass
- h) Billigung der Sitzungsniederschrift der vorangegangenen Sitzung der Stadtvertretung
- i) Abwicklung der Tagesordnungspunkte

1. Bericht der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Hagenow
 2. Nachgenehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe in der Haushaltsstelle
Gewerbesteuerumlage
 3. Abschnittsbildung gemäß § 8 Absatz 4 Kommunalabgabengesetz (KAG M – V) für
die Abrechnung von Straßenausbaubeiträgen für das Bauvorhaben – Ausbau der
Bahnhofstraße in Hagenow –
 4. Beschluss über die Vorausleistung von Beiträgen für das Gesamtvorhaben
– Ausbau der Bahnhofstraße in Hagenow –
 5. **1.** Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Hagenow über die Benutzung von
kommunalen Kindertageseinrichtungen
 6. Gebührensatzung der Stadt Hagenow für die Inanspruchnahme kommunaler
Kindertageseinrichtungen
 7. Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe für den Neubau der Brücke über die Sude
im ehemaligen militärischen Sperrgebiet
 8. Haushaltssatzung und Haushaltsplan mit Anlagen für das Jahr 2006 der Stadt Hagenow
 9. Antrag der SPD – Fraktion: Ortsumgehung Stadt Hagenow
 10. Antrag der CDU – Fraktion:
Nutzung der Sportanlagen Hagenow – Land, Eisenbahnerstraße, durch den ESV „48“
Hagenow e.V.
 11. Antrag der Linkspartei. PDS:
Wettbewerb „Wirtschaftsfreundlichste Kommune des Landes Mecklenburg –
Vorpommern“
 12. Antrag der Linkspartei. PDS: Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland“
 13. Antrag der Linkspartei. PDS: Schaltzeiten der Straßenbeleuchtung in Hagenow
- j) Schließung des öffentlichen Teils

k) Abhandlung der Tagesordnungspunkte des nichtöffentlichen Teils

- TOP 14 Auftragsvergabe
- TOP 15 Aufhebung des Beschlusses Nr. 2005/0135
- TOP 16 Auftragsvergabe
- TOP 17 Information der Bürgermeisterin über den Fortgang von Grundstücksverhandlungen

l) Schließung der Sitzung

- - -

a) Stadtvertretervorsteher Herr Speßhardt begrüßt die Damen und Herren Stadtvertreter, die Ortsteilvertreter, die Bürgermeisterin, die Vertreter der Verwaltung, den Vertreter des Panzergrenadierbataillons 401, die zahlreich erschienenen Bürgerinnen und Bürger sowie die Vertreterin der Presse.

b) Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anfragen gestellt.

c) Stadtvertretervorsteher Herr Speßhardt stellt die Beschlussfähigkeit fest.
Die Sitzung wurde ordnungsgemäß einberufen. Von 25 Stadtvertretern sind 21 Stadtvertreter um 18.00 Uhr und 22 Stadtvertreter ab 18.55 Uhr anwesend.
3 Stadtvertreter sind entschuldigt.

d) Herr Speßhardt informiert über die gefassten Beschlüsse aus dem nichtöffentlichen Teil der vorangegangenen Sitzung vom 15. Dezember 2005.

e) Änderungsanträge zur Tagesordnung

Stadtvertretervorsteher Herr Speßhardt gibt folgende Änderungsanträge bekannt:

Die Tagesordnungspunkte 15 und 16 (nichtöffentlicher Teil) werden zurückgezogen.
Die Begründung erfolgt im nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

Weitere Änderungsanträge liegen nicht vor.
Die Tagesordnung wird – mit vorbenannter Änderung – mehrheitlich angenommen.

f) Bericht der Bürgermeisterin über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

Sehr geehrter Herr Stadtvertretervorsteher !
Sehr geehrte Damen und Herren Stadtvertreter und Ortsteilvertreter ! Werte Gäste !

Ich begrüße Sie recht herzlich zur heutigen Sitzung der Stadtvertretung.
Zunächst möchte ich über die Beschlüsse des Hauptausschusses berichten, die nicht mehr von der Stadtvertretung beraten und beschlossen werden müssen.

Folgende Beschlüsse wurden in der Hauptausschusssitzung am 23.01.2006 gefasst:

- Die Übertragung von Grundstücken in der Gemarkung Hagenow Heide an die Stadt Hagenow;
 - der Verkauf von Grundstücken in der Gemarkung Hagenow;
 - zwei Beschlüsse über den Kauf eines Grundstückes in der Gemarkung Hagenow Heide;
 - der Verkauf von Grundstücksteilflächen in der Gemarkung Hagenow
- und
- eine Auftragsvergabe über die Lieferung eines Dienstfahrzeuges für den städtischen Bauhof.

Alle anderen, dem Hauptausschuss zur Beratung und Beschlussfassung eingereichten Vorlagen liegen heute auch der Stadtvertretung zur Entscheidung vor.

Sehr geehrte Damen und Herren, werte Gäste !

Nun zu wichtigen Angelegenheiten der Stadt:

Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2006

Der Haushaltsetat für 2006 steht heute als wichtiger Tagesordnungspunkt zur Beschlussfassung an. Wir sind sehr froh, das umfangreiche Zahlenwerk nach einer Vielzahl von Beratungen in der Verwaltung und den Fachgremien vorlegen zu können. Die Ausgangslage war denkbar schlecht, denn bereits nach der Übernahme der Haushaltsanmeldungen tat sich für den Gesamthaushalt eine Deckungslücke von über 2,2 Mio. Euro auf. Der Fehlbetrag konnte zwar im Rahmen der Haushaltsberatungen durch Rückstellungen, Ausgabenkürzungen und Überprüfung des Einnahmepotentials deutlich reduziert werden. Aber an einen Ausgleich des Haushalts nach herkömmlicher Art war und ist derzeit nicht zu denken. Das die Haushaltslage in 2006 sehr schwierig wird, da sich die Zuweisungen aus dem Finanzausgleich erheblich reduzieren, war bereits im Vorjahr bekannt. In der Finanzplanung wurde bereits eine Deckungslücke von 1,2 Mio. Euro ausgewiesen. Deshalb haben wir Rücklagen vorgehalten, um dieses Defizit ausgleichen zu können. Nicht kalkulierbar war die Entwicklung der Kreisumlage und der Kita - Beiträge. Ich denke, zu den Kita - Beiträgen haben wir für dieses Haushaltsjahr einen gesunden Kompromiss zu Gunsten der Eltern möglich gemacht. Aber alles hat seinen Preis, nur durch eine nochmalige Entnahme aus Rücklagen kann der Haushalt im Gesamtumfang von 18.310.900,00 Euro ausgeglichen werden.

Der Haushaltsausgleich ist jedoch für die weitere Entwicklung der Stadt in allen Bereichen äußerst wichtig. Deshalb möchte ich an dieser Stelle um ihr positives Votum für die Haushaltssatzung 2006 mit ihren Anlagen bitten. Zu den konkreten Daten des Haushalts wird der Kämmerer im betreffenden Tagesordnungspunkt Ausführungen machen.

Wettbewerb „Wirtschaftsfreundlichste Kommune des Landes Mecklenburg – Vorpommern“

Das Land schreibt auch für das Jahr 2006 den Wettbewerb „Wirtschaftsfreundlichste Kommune des Landes M – V“ aus.

Das Wirtschaftsministerium, das Innenministerium, die Vereinigung der Unternehmensverbände, die Industrie – und Handelskammern, die Handwerkskammern und die kommunalen Landesverbände Mecklenburg – Vorpommerns vergeben in diesem Jahr zum 3. Mal die Auszeichnung „Wirtschaftsfreundlichste Kommune des Landes M – V“.

Gesucht, bewertet, ausgezeichnet und dokumentiert werden gelungene Praxisbeispiele für eine aktive wirtschaftsfreundliche Kommunalpolitik.

Ziel des Wettbewerbes ist es, in den Kommunen des Landes das Bewusstsein für die Belange der Unternehmen weiter zu stärken und mit guten Beispielen zur Nachahmung anzuregen. Die Stadt Hagenow wird sich auch in diesem Jahr erneut an diesem Wettbewerb beteiligen und bis zum 31. März 2006 die Bewerbungsunterlagen beim Wirtschaftsministerium Mecklenburg – Vorpommern einreichen.

6. Landeswettbewerb 2005 / 2007

„ Unser Dorf hat Zukunft – Unser Dorf soll schöner werden“

In einem Schreiben des Landkreises Ludwigslust vom 21.12.2005, eingegangen am 9. 1. 2006, werden die Gemeinden zur Teilnahme am 6. Landeswettbewerb „ Unser Dorf hat Zukunft – Unser Dorf soll schöner werden „ aufgerufen.

Ziel des Bundes – und Landeswettbewerbes 2005 – 2007 ist die Verbesserung der Zukunftsperspektiven in den Dörfern und die Steigerung der Lebensqualität im ländlichen Raum. Stärker noch als in der Vergangenheit steht bei der künftigen Bewertung im Vordergrund, wie die Dörfer mit ihren individuellen Ausgangsbedingungen und kulturellen Traditionen umgehen und ihre eigene Zukunft nachhaltig gestalten. Der Dorfwettbewerb soll dazu beitragen, das Verständnis der Dorfbevölkerung für ihre eigenen Einflussmöglichkeiten zu stärken und dadurch die bürgerschaftliche Mitwirkung zu intensivieren.

So kann der Wettbewerb hervorragende Beispiele dafür aufzeigen, wie es motivierten und engagierten Dorfbewohnern gelingt, sich ein lebenswertes Umfeld zu schaffen.

Dabei wird gewürdigt, was die Dorfgemeinschaft ohne staatliche Förderung leistet.

Bewerbungsschluss für den Kreiswettbewerb ist der 28. Februar 2006.

Die Ortsteilvertreter wurden in einer Beratung am 19.01.2006 über den Aufruf zur Teilnahme am 6. Landeswettbewerb „ Unser Dorf hat Zukunft - Unser Dorf soll schöner werden“ umfassend informiert. Der Ortsteil Viez zieht eine Beteiligung am Landeswettbewerb in Erwägung.

Arbeitskreis Schule und Wirtschaft

Auf Initiative der DGB Nord – und Bildungswerk der Wirtschaft M – V e.V., nach dem Beispiel der Stadt Wismar und dem Landkreis Nord – West –Mecklenburg beabsichtigt die Stadt Hagenow einen Arbeitskreis Schule und Wirtschaft zu bilden.

Dazu hat bereits eine Beratung mit den Schulleitern am 10.01.2006 und mit Vertretern der Wirtschaft am 01.02.2006 stattgefunden.

Das Aufgabenspektrum umfasst unter anderem die Entwicklung verschiedener Formen der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Schulen.

Auszubildende in der Stadtverwaltung

Auch in diesem Jahr stellt die Stadt Hagenow wieder zwei Ausbildungsplätze zur Verfügung.

Die jungen Auszubildenden erlernen ab dem 01.09.2006 den Beruf eines Verwaltungsfachangestellten der Fachrichtung Kommunalverwaltung.

Friedenseinsatz in Afghanistan

Rund 220 Soldatinnen und Soldaten des Panzergrenadierbataillons 401 Hagenow bereiten sich derzeit im Gefechtsübungszentrum auf ihren Friedenseinsatz in Afghanistan vor.

Ab März wird das 10. Deutsche Einsatzkontingent der ISAF (der sogenannten internationalen Schutztruppe) unter dem Kommando von Oberstleutnant Wolf – Jürgen Stahl, dem Kommandeur des Panzergrenadierbataillons 401, in Kabul – der Hauptstadt Afghanistans – stationiert sein.

Ihr Auftrag während des viermonatigen Einsatzes ist es, den afghanischen Kräften vor Ort Unterstützung beim Aufbau ihres Landes zu geben.

Wir wünschen den Soldatinnen und Soldaten einen erfolgreichen Einsatz in Afghanistan und eine gesunde und gute Heimkehr. Ich werde am Verabschiedungsappell am 16.02. teilnehmen.

Bereits begonnene sowie geplante Baumaßnahmen können aufgrund der Witterung zurzeit nicht aufgenommen werden.

Mit Datum vom 01.02.2006 leben in Hagenow lt. Einwohnermeldedaten 12.654 Einwohner.

Ich danke für die Aufmerksamkeit !

g) Anfragen der Stadtvertreter und Ortsteilvertreter aus aktuellem Anlass

1. Mit Bezug auf die Beschlussfassung der Stadtvertretung vom 15.12.2005 zur Verlegung des Standortes der Regionalen Schule „ Prof. Dr. Friedrich Heincke“ vom Prahmer Berg 20 in die Möllner Straße 12 erkundigt sich Frau Schulz nach den Gesamtkosten zum gegenwärtigen Zeitpunkt und deren Zusammensetzung, da die seinerzeit vorliegende Kostenschätzung aus dem Jahre 2000 stammte und diese seitens des Bauamtsleiters aus zeitlichen Gründen nicht näher untersetzt werden konnten.

Nach Auskunft der Bürgermeisterin haben sich zur Kostenschätzung, die im Dezember vorgelegt wurde, keine anderen Zahlen ergeben.

2. Herr Wolf weist darauf hin, dass das Gebäude Lange Straße 54 (ehem. Haus der Parteien) gegenwärtig saniert wird und Mitte Dezember 2005 das Dach mit hochglänzenden roten Ziegeln eingedeckt wurde. Hier liege eindeutig ein Verstoß gegen die Satzung der Stadt Hagenow vor, da zur Dacheindeckung hochglänzende Ziegel verwendet worden sind (Sanierungsgebiet). Herr Wolf fragt an, wie dies geschehen konnte und welche Maßnahmen unternommen worden sind, um diesen Verstoß wieder rückgängig zu machen.

Bauamtsleiter Herr Näth bedankt sich für den Hinweis und erklärt, dies heute zum ersten Mal zu hören. Danach handle es sich um einen Verstoß gegen die Gestaltungssatzung der Stadt Hagenow. Bei der unteren Bauaufsichtsbehörde, dem Landkreis Ludwigslust, werde ein Antrag gestellt, so dass entsprechende Maßnahmen eingeleitet werden, wenn bei der Dacheindeckung tatsächlich hochglänzende Ziegel verwendet worden sind.

Herr Wolf verweist in diesem Zusammenhang auf den vor etwa einem Jahr gestellten Antrag einer Familie aus der Löwenhelmstraße auf Erteilung einer Ausnahmegenehmigung für die Dachsanierung, die abgelehnt worden ist.

3. Eingehend auf die Presseinformation (Falschmeldung) in der vergangenen Woche, in der verbreitet wurde, dass die Stadtwerke Hagenow überhöhte Gaspreise festgelegt hätten, äußert Frau Měšť'an die Bitte, dem Geschäftsführer der Stadtwerke Hagenow die Gelegenheit zu geben, diese Sachlage richtig zu stellen, damit die anwesenden Bürgerinnen und Bürger dies auch nachvollziehen können. Diese Falschmeldung habe für sehr große Unruhe bei den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt gesorgt.

Bürgermeisterin Frau Schwarz informiert, dass die Meldung – die Stadtwerke Hagenow gehöre zu den fünf teuersten Gasversorgern im Land – umgehend vom Geschäftsführer

der Stadtwerke Hagenow GmbH geprüft und festgestellt wurde, dass nicht der Netto, sondern der Brutto – Preis in Ansatz gebracht worden ist. Daraufhin habe der Geschäftsführer Rücksprache mit der Landeskartellbehörde geführt, die einen Übertragungsfehler eingeräumt haben. Der Geschäftsführer habe sich auch mit den Medien in Verbindung gesetzt und die Richtigstellung in der Presse veranlasst. Zudem sei in einem Schreiben an das Wirtschaftsministerium unmissverständlich unser Befremden in dieser Angelegenheit zum Ausdruck gebracht worden. Von 20 Stadtwerken in Mecklenburg – Vorpommern liege die Stadtwerke Hagenow an der 17. Stelle und im bundesweiten Vergleich von 620 Stadtwerken an 488. Stelle. Für die von den Stadtwerken bisher geleistete gute Arbeit richtet die Bürgermeisterin einen Dank an den Geschäftsführer Herrn Klöhn und an seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Stadtvertretervorsteher Herr Speßhardt schlägt vor, eine Berichterstattung durch den Geschäftsführer der Stadtwerke Hagenow GmbH auf die Tagesordnung der nächsten Stadtvertretersitzung zu nehmen.

Herr Opitz merkt an, dass der Bürger den Brutto – Preis zahlt, dieser jetzt durch die Vergleiche insgesamt schön geredet worden ist. Dem Bürger interessiere, dass die Gaspreise generell zu hoch sind. Man müsse sich darüber Gedanken machen, wie wir den Bürger durch entsprechende Preise entlasten können.

Bürgermeisterin Frau Schwarz weist darauf hin, dass der Geschäftsführer der Stadtwerke Hagenow auf der nächsten Stadtvertretersitzung Auskunft zur Preisgestaltung geben wird und macht zudem deutlich, dass der Energiemarkt zurzeit sehr schwierig ist.

4. Frau Kryzak bittet die Straßenbeleuchtung vor der Kindertagesstätte in der Möllner Straße zu überprüfen, da diese ausgeschaltet ist. Zudem spricht Frau Kryzak zum wiederholten Male das Fahrradfahren auf den Bürgersteigen an, verbunden mit der Anfrage, wie hier mit Fragen der Stadtvertreter umgegangen wird, da auf einer Beratung des Bundes der Ruhestandsbeamten, an der auch die Bürgermeisterin teilgenommen hat, die Auskunft gegeben wurde, dass dieses Problem nicht bekannt sei.

Die Bürgermeisterin sichert zu, die Straßenbeleuchtung umgehend zu prüfen.

Zur Problematik – Fahrradfahren auf den Bürgersteigen – stellt die Bürgermeisterin klar, dass sie die Auskunft, es sei nicht bekannt, nicht gegeben hat. Sie habe auf dieser Beratung darauf hingewiesen, dass der fließende Verkehr durch die Polizei entsprechend geahndet wird, wir hier keine Eingriffsmöglichkeit haben. Die Bürgermeisterin sichert zu, sich mit diesem Problem nochmals an den Leiter des Polizeireviers zu wenden, appelliert aber gleichzeitig an die Verantwortung und Vorbildwirkung der Erwachsenen, die ebenfalls mit dem Rad auf den Bürgersteigen unterwegs sind.

5. Herr Schlüter weist auf ein Verkehrsproblem im Kreuzungsbereich Hagenstraße / Poststraße hin. Durch die parkenden Fahrzeuge in der Hagenstraße, die bis unmittelbar an der Kreuzung stehen, sei es für Rechtsabbieger schwierig, in die Kreuzung einzusehen. Eine Parkverbotsfläche müsse kurzfristig ausgewiesen werden. Mit Bezug auf den Radwegbau Hagenow Heide – Kuhstorf unterstreicht Herr Schlüter die Notwendigkeit des Ausbaues der Ortsdurchfahrt Hagenow Heide und fragt an, was die Stadt hier zwischenzeitlich unternommen hat.

Eingehend auf die Anfrage zur Ortsdurchfahrt Hagenow Heide teilt die Bürgermeisterin mit, dass diesbezüglich ein Gespräch beim Straßenbauamt Schwerin stattgefunden hat. Dort sei mitgeteilt worden, dass die Straßenbaumaßnahme ab Ortsausgangsschild Hagenow Heide bis Kuhstorf, sowie der Radwegebau realisiert werden, die Ortsdurchfahrt Hagenow Heide jedoch nicht in Aussicht gestellt worden ist.

Herr Schlüter schlägt der Verwaltung vor, in dieser Angelegenheit nochmals die Initiative zu ergreifen, sich schriftlich an das Wirtschaftsministerium zu wenden und auf die Dringlichkeit des Ausbaues der Ortsdurchfahrt Hagenow Heide hinzuweisen.

6. Herr Reuter fragt an, ob schon Ergebnisse vom Straßenbauamt zwecks Prüfung der 5. Variante zur Ortsumgehung vorliegen.

Nach Auskunft der Bürgermeisterin liegen zur 5. Variante noch keine Ergebnisse vor. Mit heutiger Beschlussfassung zur Ortsumgehung Hagenow werde sie nochmals beim Straßenbauamt sowie beim Wirtschaftsministerium vorstellig werden.

7. Nach Meinung von Frau Měšt'an müsse hinsichtlich der Prüfung der 5. Variante zur Ortsumgehung Hagenow mehr Druck erfolgen.
Des Weiteren richtet Frau Měšt'an an das Bauverwaltungsamt die Bitte, eine Beschilderung an der neuen Straße (Rudolf – Tarnow – Straße Richtung Schwerin) anzubringen.

Bauamtsleiter Herr Nāth teilt mit, dass die Schilder, sobald die Frostperiode beendet ist, aufgestellt werden.

8. Herr Wrankmore weist auf die unzureichende Schneeberäumung am Eichenweg hin. Seines Erachtens müsse es hier eine eindeutige Zuweisung geben, wer für die Beräumung dort verantwortlich ist.

Bauamtsleiter Herr Nāth geht zunächst auf die Straßenreinigungssatzung der Stadt Hagenow ein und macht zudem deutlich, dass finanzielle Mittel für die Absicherung des Winterdienstes nicht mehr vorhanden sind, nun zu überlegen sei, was noch realisiert wird (Gleichheitsprinzip). Es handle sich hier um eine Frage der Finanzierung, nicht der Abwicklung.

Auf Nachfragen von Herrn Wrankmore, ob im Bedarfsfall nun eine Schneeberäumung am Eichenweg vorgenommen wird, teilt der Bauamtsleiter mit, dass dies nicht erfolgt.

Weitere Anfragen liegen nicht vor.

h) Billigung der Sitzungsniederschrift der vorangegangenen Sitzung der Stadtvertretung

- Niederschrift vom 15.12. 2005 / 12. Sitzung

1. Herr Helms bittet um Aufnahme folgender Äußerungen:

Äußerung von Herrn Antonioli, F., Seite 11, 5. Absatz, nach dem letzten Satz:
„ Wir sind hier kein DDR – Parlament.“

Äußerung vom Bauamtsleiter Herr Nāth, Seite 13, vor 2. Absatz:
„ Im nächsten Jahr gehe ich in Rente. Hier gibt es eine Vereinbarung, dass das Vorhaben

Schule direkt vom Mitarbeiter Herrn Schulze betreut wird. Ich kann dazu leider nichts sagen.“

2. Hinweis von Herrn Möller:

Auf Seite 1 der Niederschrift ist Frau Karin Opitz, Ortsteilvertreterin, nicht genannt. Sie war jedoch anwesend.

Stadtvertretervorsteher Herr Speßhardt stellt die Billigung der Sitzungsniederschrift zurück. Die Hinweise werden geprüft und die Niederschrift in der nächsten Sitzung zur Abstimmung gebracht.

i) Abwicklung der Tagesordnungspunkte

Zu TOP 1

Bericht der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Hagenow

Frau Schweda, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Hagenow, berichtet umfassend über ihr Aufgabengebiet und geht im Einzelnen u.a. auf folgende Schwerpunkte in ihrer

PowerPoint Präsentation näher ein:

Der Tätigkeitsbericht umfasst den Zeitraum von Mitte 2004 bis 2005.

Tätigkeitsschwerpunkte:

- Sprechstunde, themenbezogene Aktionstage, Projektangebote, Gremienarbeit und Vernetzung, Verwaltungsaufgaben

Ermächtigungsgrundlagen:

- Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
- Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg – Vorpommern
- Europäisches Recht in den Richtlinien des Rates der europäischen Union des Grundsatzes der Gleichstellung von Frauen und Männern
- Hauptsatzung der Stadt Hagenow und deren Ortsteile

Sprechstunde (Themen):

Erwerbsleben, Partnerschaft/Familie, rechtliche Fragestellung, Scheidung – Trennung – Unterhalt – Wohnung, Gewalt in jeder Form, Arbeitslosigkeit, Vereinbarung von Familien und Beruf – Wiedereinstieg in den Beruf, Existenzgründung, Mobbing, Ausländische Frauen und Männer.

Themenbezogene Aktionstage:

- 8. März - Internationaler Frauentag
- 28. April - Girls Day (zum 3. Mal in Hagenow)
- 2. Juni - Boys Day (erstmalig in Hagenow)
- 21. – 25. November – Anti – Gewalt – Woche

Projektangebote:

- Computerkurse für die Bürger der Stadt
- Projekt „Auch Oxana will arbeiten“
- Projekt „Mutter sein, zurück in den Beruf“
- „Gender Mainstreaming“ (Chancengleichheit) = Vereinbarung von Beruf und Familie, Personalentwicklung in Unternehmen oder in der Verwaltung, flexible Betreuungszeiten der Kinder

Kriminalitätspräventionsrat (Projekte):

- Labyrinth X; Anti – Gewalt – Woche; Demokratie und Toleranz; Häusliche Gewalt

Rechtsextremismus:

- Aufklärung von Jugendlichen über Rechtsextremismus vor Ort
- Generationenübergreifendes Miteinander
- Stärkung der Persönlichkeit von Jugendlichen

Seniorenarbeit:

- Senioren- und Behindertenbeirat der Stadt Hagenow

Jugendbeirat (Aktivitäten):

- Nightstreetball / Volleyballturnier
- Rockkonzert Jugendbegegnungsstätte KON
- Kindertag mit Vereinen
- Planspiel Kommunalpolitik
- Weihnachtsmarkt
- Projekt „HAI“ für jugendliche Spätaussiedler

Gremienarbeit:

- Landesarbeitsgemeinschaft, u.a. Teilnahme an Frauenmessen, Anhörung Gesetzgebungsverfahren, Öffentlichkeitsarbeit
- Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten
- ASP- Regionalbeirat (Arbeit – Struktur – Programm) in Westmecklenburg = Mitgestaltungsmöglichkeiten bei der regionalen Arbeitsmarktpolitik
- Lokale Arbeitsgruppe (Süd – West – Mecklenburg) „Leader“ = Mitsprache bei der Entstehung von Projekten, die durch EU – Fördermittel verwirklicht werden.
- Landesfrauenrat = Anhörung und Gesetzgebungsverfahren, Öffentlichkeitsarbeit
- Arbeitsgruppe „Miteinander“ = Projekte für konkrete Beiträge zur Integration von Menschen mit und ohne Behinderung
- Verbindungsfrau der Gleichstellungsbeauftragten AG Frauenhäuser = Umsetzung des Sicherheits – und Ordnungsgesetzes; bedarfsgerechte finanzielle Absicherung eines flächendeckenden Netzes

Verwaltungsaufgaben:

- Sichtung von Verwaltungsvorlagen
- Teilnahme an Bewerbungsgesprächen
- Prüfung und Umsetzung der Mittel, die im Haushaltplan zur Verfügung gestellt werden.
- Mitarbeit bei der Personalentwicklung ; Teilnahme an Ausschusssitzungen

Fazit: Die Arbeit nach dem Grundgesetz Artikel 3 (2) – Frauen und Männer sind gleichberechtigt – fortzusetzen.

- - -

Stadtvertretervorsteher Herr Speßhardt dankt Frau Schweda für ihre Ausführungen.

Frau Měšťan schließt sich im Namen ihrer Fraktion dem Dank an und würdigt das Engagement der Gleichstellungsbeauftragten bei der Umsetzung ihrer Aufgaben. Sie habe nicht nur die Aufgaben realisiert, die sie laut Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg – Vorpommern zu erfüllen hat, sondern darüber hinaus eine enge Zusammenarbeit mit den

Vereinen und Verbänden, mit Institutionen, gesucht. Dies habe Anerkennung bei vielen Projekten, die unterstützt wurden, gezeigt. Auch habe sie mit dafür gesorgt, dass die Projektarbeit in den Vereinen und Verbänden stärker öffentlich dokumentiert wird. Dies sei die Basis dafür, noch stärker in die Öffentlichkeit zu kommen und dafür noch mehr Konsens im Alltag unserer Stadt zu suchen.

Herr Schlüter richtet an die Gleichstellungsbeauftragte die Anfrage, ob sie in ihrer bisherigen Arbeit die Erfahrung gemacht hat, dass eine Gleichbehandlung von Mann und Frau nicht festzustellen war und ob sie etwas unternehmen konnte, um diese Situation zu verbessern.

Diese Anfrage wird von Frau Schweda bejaht und anhand einiger Beispiele untermauert.

Es werden keine weiteren Anfragen an die Gleichstellungsbeauftragte gestellt.

Zu TOP 2

Nachgenehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe in der Haushaltsstelle Gewerbsteuerumlage

Beschlussvorschlag:

Der überplanmäßigen Ausgabe für das Haushaltsjahr 2005 in Höhe von 32.473,00 € – Gewerbesteuerumlage – wird zugestimmt.

Ergebnis der Abstimmung: 22 Jastimmen, keine Neinstimme, keine Stimmenthaltung

Beschluss – Nr.: 2006 / 0001

Zu TOP 3

Abschnittsbildung gemäß § 8 Absatz 4 Kommunalabgabengesetz (KAG M – V) für die Abrechnung von Straßenausbaubeiträgen für das Bauvorhaben – Ausbau der Bahnhofstraße in Hagenow –

Beschlussvorschlag:

Die Stadtvertretung stimmt einer Abschnittsbildung gemäß § 8 Absatz 4 KAG M – V zur Abrechnung von Straßenausbaubeiträgen für das Bauvorhaben – Ausbau der Bahnhofstraße in Hagenow – zu.

1. Abschnitt: Kreuzung Bahnhofstraße / Eisenbahnerstraße bis Einmündung Lindenallee
2. Abschnitt: von Einmündung Lindenallee bis Kreisverkehrsplatz Bahnhofstraße / Hagenow – Heider – Chaussee
3. Abschnitt: von Kreisverkehrsplatz Bahnhofstraße / Hagenow – Heider – Chaussee bis Kreuzung Bahnhofstraße / Feldstraße
4. Abschnitt: von Kreuzung Bahnhofstraße / Feldstraße bis Einmündung Robert – Stock – Straße – Grenze Sanierungsgebiet

Ergebnis der Abstimmung: 22 Jastimmen, keine Neinstimme, keine Stimmenthaltung

Beschluss – Nr.: 2006 / 0002

Zu TOP 4

Beschluss über die Vorausleistung von Beiträgen für das Gesamtvorhaben

– Ausbau der Bahnhofstraße in Hagenow –

Beschlussvorschlag:

Die Stadtvertretung beschließt die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen als Vorausleistung für das Gesamtvorhaben – Ausbau der Bahnhofstraße in Hagenow – in Höhe von 80 % gemäß § 7 Absatz 4 des Kommunalabgabengesetzes in Verbindung mit § 9 der Satzung über die Erhebung von Beiträgen für den Ausbau und Umbau von Straßen, Wegen und Plätzen in der Stadt Hagenow und ihren Ortsteilen vom 11.09.1997, zuletzt geändert am 23.10.2000.

Ergebnis der Abstimmung: 22 Jastimmen, keine Neinstimme, keine Stimmenthaltung

Beschluss – Nr.: 2006/ 0003

Zu TOP 5

=====

1. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Hagenow über die Benutzung von kommunalen Kindertageseinrichtungen

Beschlussvorschlag:

Die Stadtvertretung beschließt die 1. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Hagenow über die Benutzung von kommunalen Kindertageseinrichtungen.

Ergebnis der Abstimmung: 22 Jastimmen, keine Neinstimme, keine Stimmenthaltung

Beschluss – Nr.: 2006/ 0011

Zu TOP 6

=====

Gebührensatzung der Stadt Hagenow für die Inanspruchnahme kommunaler Kindertageseinrichtungen

Herr Opitz erklärt, dass seine Fraktion, die Linkspartei. PDS, die Erhöhung der Gebühren für die Inanspruchnahme von kommunalen Kindertageseinrichtungen nicht mittrage.

Schon die Debatte in den Fachausschüssen Schule, Kultur, Sport und Jugend, Senioren, Soziales habe eindeutig gezeigt, dass den Eltern und jungen Müttern diese Erhöhung nicht zuzumuten ist, aufgrund der Situation, in der sich viele Familien befinden. Zu diesem Zeitpunkt wäre es kein richtiges Zeichen, die Gebühren zu erhöhen.

Die Angleichung der Gebühren, beschlossen im vergangenen Jahr, sei ausreichend.

Herr Opitz plädiert dafür, die vorliegende Gebührensatzung abzulehnen und ruft die Fraktionen auf, sich dem anzuschließen.

Frau Měšťan hebt hervor, dass sie – trotz der jetzt vorliegenden abgeschwächten Form der Gebührenerhöhung – diese für nicht tragfähig halte, auch im Hinblick auf die Erhöhung des Essengeldes, die Worte von Herrn Opitz ihre volle Unterstützung finden.

Auch angesichts der auf Bundesebene angeschobenen Debatte zur kostenfreien Nutzung der Kindertagesstätten sollten die im letzten Jahr beschlossenen Gebühren beibehalten werden.

Herr Dr. Buchholz führt die sehr gute Betreuung in den Kindereinrichtungen und die damit verbundenen Kosten an. Er hätte sich eine nach Einkommen gestaffelte Gebührensatzung, mit einem gewissen Sockelbetrag, gewünscht.

Sich den Worten von Herrn Dr. Buchholz anschließend, zeigt Frau Hase die Differenzbeträge auf, die sich bei der Relation 60 % Träger und 40 % Eltern bei den Elternbeiträgen ergeben.

Danach handle es sich bei einem Ganztagsplatz Kinderkrippe um einen Differenzbetrag von 18,00 € , bei einem Teilzeitplatz von 11,00 € und bei einem Halbtagsplatz von 40,00 € zum Vorjahr. Bei einem Ganztagsplatz Kindergarten betrage die Erhöhung 6,00 €, bei einem Teilzeitplatz 4,00 € und einem Halbtagsplatz 19,00 €.

Im Hortbereich belaufe sich die Erhöhung auf 21,00 € für einen Ganztagsplatz und für einen Teilzeitplatz auf 13,00 € zum Vorjahr.

Herr Kluth erklärt, dass sich auch die CDU – Fraktion gegen eine Erhöhung der Gebühren aussprechen wird. Man könne die generelle Finanzsituation nicht auf wenige Eltern abwälzen.

Dass eine nach Einkommen gestaffelte Gebührensatzung gesetzlich nicht möglich ist, bringt Herr Reuter zum Ausdruck. Die FDP spreche sich auch eindeutig gegen eine Erhöhung der Gebühren aus.

Bürgermeisterin Frau Schwarz macht zunächst deutlich, dass man es sich hier keineswegs leicht gemacht hat. Die Erzieherinnen und Erzieher / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in den Kindertagesstätten tätig sind, würden nach Tarif bezahlt werden. Dies sei ein Kostenfaktor, der bei freien Trägern so nicht auftritt. Da 12,00 € pro Kind in diesem Jahr nicht gezahlt werden, fehle dieser Betrag auch in der Kasse. Sicherlich wäre eine kostenfreie Nutzung der Kindereinrichtungen wünschenswert, wie gegenwärtig vom Bund diskutiert, andererseits aber die Frage, wie es finanziert werden soll, offen.

Laut Beschluss der Bundesregierung bestehe für die Eltern jetzt die Möglichkeit, die Kinderbetreuungskosten steuerlich abzusetzen (bis zu 4.000,- € für ein Kind).

Der Standart, insbesondere im Kindertagesstättenbereich, sei sehr hoch, das Personal gut ausgebildet und die Öffnungszeiten, von 6.00 Uhr bis 18.00 Uhr, für die Eltern sehr entgegenkommend. Die geplante Gebührenerhöhung sei durchaus zumutbar. Zudem würden die Gebühren für 200 der 550 Kinder in den städtischen Betreuungseinrichtungen vom Landkreis erstattet, so dass Eltern, die finanziell überfordert sind, eine Unterstützung erhalten. Es werden auch Kinder aus Gemeinden außerhalb des Stadtgebietes hier betreut. Es könne nicht sein, dass wir als Stadt Hagenow die aus anderen Orten kommenden Kinder auch unterstützen. Dies solle auch noch mal bedacht werden.

Das, was an Förderung hier beschlossen wird, gehe auch an die freien Träger und diese haben andere Betriebskosten als die kommunalen Einrichtungen der Stadt Hagenow.

Herr Helms kündigt an – nach Beendigung der Aussprache – eine Auszeit zu beantragen.

Frau Měšť'an betont, dass die Steuererleichterung schon positiv ist, viele Familien jedoch gar nicht in den Genuss kommen, Steuern abzusetzen. Das weniger Zuzahlungen an den Landkreis gegangen sind, sei dem geschuldet, dass es weniger Ganztagsplätze gibt als im Vorjahr. Der Umrechnungsfaktor Teilzeit – und Halbtagsplätze entspreche nicht dem Äquivalent. Eine Nachbesserung müsse erfolgen.

Dies könne jedoch nicht auf dem Rücken der betroffenen Eltern ausgetragen werden.

Herr Antonioli, F. stellt den Antrag, über die Anlagen 3 – 6 der Gebührensatzung (für Kinder, die ihren Aufenthalt in einer anderen Gemeinde haben) gesondert abzustimmen.

Sich den Worten von Herrn Dr. Buchholz anschließend, erklärt Frau Schulz, sehr zu bedauern, dass hier keine Sozialstaffelung eingearbeitet ist und dieser Aspekt auf jeden Fall auf Kreisebene angeregt werden sollte, um eine wirklich soziale Lösung zu finden.

Unter diesem Aspekt habe sie schweren Herzens der Kreisumlage zugestimmt. Sie sei Bürgermeisterin für alle Bürger hier in Hagenow, auch für die Familien, die Hilfen benötigen, so zum Beispiel Hilfen zur Erziehung.

Zum Thema Kreisumlage konfrontiert Herr Antonioli, J. die Bürgermeisterin mit der Aussage im Vorbericht zum Haushaltsplan 2006 der Stadt Hagenow, Zitat:

„Dessen sollten sich alle Verantwortungsträger bewusst sein. Statt die Kreisumlage zu erhöhen, sollten wir uns gemeinsam gegen die weitere Demontage des Finanzausgleichs im Lande stellen.“

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtvertretung beschließt die Gebührensatzung der Stadt Hagenow für die Inanspruchnahme von kommunalen Kindertageseinrichtungen, lt. Anlage.

Ergebnis der Abstimmung: 7 Jastimmen, 11 Neinstimmen, 4 Stimmenthaltungen

Beschluss – Nr.: 2006/ 0012

Zu TOP 7

Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe für den Neubau der Brücke über die Sude im ehemaligen militärischen Sperrgebiet

Beschlussvorschlag:

Die Stadtvertretung beschließt eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 63.000,00 € für den Neubau der Brücke über die Sude im ehemaligen militärischen Sperrgebiet.

Ergebnis der Abstimmung: 19 Jastimmen, eine Neinstimme, 2 Stimmenthaltungen

Beschluss – Nr.: 2006/ 0004

Zu TOP 8

Haushaltssatzung und Haushaltsplan mit Anlagen für das Jahr 2006 der Stadt Hagenow

Ausführungen des Kämmerers Herrn Hochgesandt:

Nach einer Vielzahl von Beratungen innerhalb der Verwaltung, der Fachausschüsse und der durchgeführten Haushaltsklausur liegt der Entwurf des Haushaltsetats 2006 zur Beschlussfassung vor.

Auch der späte Termin der Vorlage für den Haushalt dieses Jahres zeigt an, dass wir uns weit mehr mit dem Haushaltsentwurf beschäftigen mussten, als uns lieb war.

Grund dessen ist, dass die Ausgangssituation für die Ausstattung des kommunalen Haushaltes immer schwieriger wird. Bedingt durch die hohen Steuer- Ist - Einnahmen des Jahres 2004 war uns bewusst, dass die Hauptzuweisung für den Verwaltungshaushalt, die Schlüsselzuweisung, massiv zurückgehen wird. Denn aus den Steuer – Ist – Einnahmen des Vorvorjahres wird eine Steuermesszahl gebildet, die maßgeblich für die Berechnung der

Schlüsselzuweisung, der Hauptzuweisung des Landes aus dem Finanzausgleich, genutzt wird. Dem hatten wir in Form der Ansammlung von Rücklagenmitteln Rechnung getragen, um die Mindereinnahmen ausgleichen zu können. Hinzu kommt jedoch, dass die Demontage der Kommunalfinzen durch Land und Landkreis infolge deren Haushaltslage massiv fortgesetzt wird. Uns trifft es als Letzte in dieser Finanzhierarchie ganz besonders.

Wiederum ist der Finanzausgleich des Landes gegenüber den Kommunen um über 50,0 Mio. Euro minimiert worden, dadurch sind die Zuweisungen gesunken. Des Weiteren hat der Kreistag vor einer Woche einem drastischen Anstieg der Kreisumlage von ursprünglich 28,685 auf 32,899 zugestimmt, was den Haushalt der Stadt und natürlich aller Kommunen im Landkreis erheblich belastet. Innerhalb der letzten 5 Jahre hat sich die Kreisumlage von 23,17 auf 32,899 Prozentpunkte erhöht und ist somit um fast 10 Prozentpunkte angestiegen. Wir haben die Veränderung der Kreisumlage in einer Ergänzung der Haushaltsansätze und der Aktualisierung der Haushaltssatzung eingearbeitet. Hinzu kommen die Schlechterstellungen für den Haushalt in Höhe von 173.700, 00 € aus dem Kita – Bereich.

Eine Beteiligung

der Eltern von max. 50 % gemäß KiföG von den umlagefähigen Kosten schien nicht realisierbar zu sein, daher ist die Beteiligung der Eltern um 10 % auf 40 % reduziert worden. Durch die Minderung der Elternbeiträge und Erhöhung der Kreisumlage mussten insgesamt 434.100,00 € als Deckungslücke für den Verwaltungshaushalt mehr bereit gestellt werden. Dieses wird nur durch die Bereitstellung weiterer Rücklagenmittel aus dem Jahresabschluss 2005 möglich.

Dem Haushalt 2006 werden insgesamt 1.434.100,00 € zugeführt.

Nur so war es möglich, den Verwaltungshaushalt im Entwurf in dieser Form auszugleichen. Aber auch das muss deutlich gesagt werden, Rücklagenbestände sind nur 1x verfügbar und dann aufgebraucht und stehen für Haushaltsregulierungen in den Folgejahren nicht mehr zur Verfügung. Das Haushaltsvolumen 2006 soll insgesamt 18.310.900,00 € betragen, davon entfallen 13.892.600,00 € auf den Verwaltungshaushalt und 4.418.300,00 € auf den Vermögenshaushalt.

In der Haushaltssatzung ist eine Kreditaufnahme nicht vorgesehen, da dieses zu einer weiteren Verschärfung der Haushaltslage in Form von Zins – und Tilgungszahlungen führen würde.

Die Verschuldung der Stadt Hagenow ist gegenüber 2004 um 101.000,00 € auf jetzt 6.911.000,00 € angestiegen. Das bedeutet, jeder Einwohner hat eine Schuldenlast von 566,38 € zu tragen. Würden dann noch die Schulden von Landkreis, Land und Bund hinzukommen, dürfte uns als Bürger ein aufrechter Gang infolge der Schuldenlast äußerst schwer fallen.

Denn jeder ist mit insgesamt 17.975,00 € aktuell verschuldet. (2.113,00 € je Sekunde). Die vom Bund der Steuerzahler installierte Schuldenuhr in Berlin tickt unaufhörlich. Für Zins – und Tilgungszahlungen sind insgesamt 782.200,00 € aufzubringen. Das sind 5,63 % aller Ausgaben des Verwaltungshaushaltes. Die Finanzplanung sieht für 2007 die Kreditaufnahme von 625.000,00 € zur Finanzierung des Schulzentrums in der Möllner Straße vor.

Diese Investition der Stadt, die sicherlich die größte – mit 4,0 Mio. € - in den Jahren der Finanzplanung bis 2009 ist, spiegelt sich auch in den ausgewiesenen

Verpflichtungsermächtigungen im Gesamtumfang von 1.473.000,00 € wieder. Darin sind 929.000,00 € für die Schulrekonstruktion zur Absicherung des Eigenanteils enthalten.

Des Weiteren sind 460.000,00 € Eigenmittel für die nächsten zwei Bauabschnitte der Bahnhofstraße vorgesehen. Die verbleibenden 84.000,00 € entfallen auf weitere Infrastrukturmaßnahmen.

Die vorgenannten Verpflichtungsermächtigungen binden somit einen Großteil der zur Verfügung stehenden Mittel der Folgejahre. Zur Absicherung der Liquidität der Stadtkasse ist die maximale Aufnahme von Kassenkrediten bis 1,2 Mio. € möglich. Dieses dürfte jedoch in der praktischen Haushaltsausführung nicht erforderlich sein. Im § 3 der Haushaltssatzung erfolgt die Festsetzung der Hebesätze.

Die Hebesätze für die Grundstücke und die Grundsteuer B bleiben in der alten Höhe von 330 bzw. 320 bestehen. Bei dem Hebesatz der Grundsteuer A (Land- und forstwirtschaftliche Flächen) ist eine Anhebung von derzeit 220 v.H. auf 250 v.H. vorgesehen, da wir hier unter dem Landesdurchschnitt von 234 v.H. liegen. Daraus resultiert eine Jahresmehreinnahme von 3.500,00 €.

Nun zur Einnahmesituation im Verwaltungshaushalt.

Aus planerischer Sicht gehen wir davon aus, dass die städtischen eigenen Steuereinnahmen etwas ansteigen dürften. Hier folgen wir der Trendrechnung des Bundes in Form der Novembersteuerschätzung.

Bei der Gewerbesteuer sind 100.000,00 € mehr als im Vorjahr veranschlagt. Insgesamt sollen aus den von der Stadt erhobenen Steuern 3.634.500,00 € eingehen. Im Jahr 2005 waren 3.523.000,00 € geplant, zum AO – Soll wurden 3.521.919,75 € gestellt. Eine leichte Anhebung der Hundesteuer ist in der Planung vorgesehen. Die Jahressteuer für den 1. gehaltenen Hund wird von 30,50 € auf 40,00 € ansteigen. Für den 2. Hund sollen anstatt 43,00 € nun 55,00 € gezahlt werden und für den 3. / 4. Hund anstatt 49,00 € dann 60,00 €. Noch im 1. Halbjahr wird es eine neue Hundesteuersatzung geben, wo auch das Halten von gefährlich eingestuftem Hunden entsprechend verankert wird. Daraus resultieren Mehreinnahmen für den städtischen Haushalt für ein volles Haushaltsjahr von ca. 6.000,00 €.

Das sind kleine Einnahmeverbesserungen, die aber den massiven Rückgang der Landeszuweisungen aus dem Finanzausgleich nicht bedeutend wettmachen können. Erhielten wir lt. Planung im Vorjahr 4.185.800,00 €, so sind es für 2006 nur 3.093.500,00 €. Das sind 1.092.300,00 € weniger.

Die Ursachen nannte ich schon, einerseits die hohe Steuerkraftmesszahl aus 2004, andererseits die weitere Reduzierung der Finanzausgleichsmasse des Landes.

Aus Verwaltungsgebühren und Benutzungsentgelten erwarten wir in 2006 1.103.400,00 €.

Darin enthalten ist auch die erstmalige Erhebung von Benutzungsgebühren für die Sporthallen. Der Hinweis, unsere Sportplätze in die Kalkulation aufzunehmen, wird vom Fachamt aufgegriffen. Von den Gemeinden für Kita – und Hortbetreuung und der ARGE für die Überlassung von Mitarbeitern sind für 2006 513.600,00 € veranschlagt.

Einnahmen vom Land und Landkreis für die Kita – Betreuung sind in Höhe von 926.500,00 € geplant. Hier sind jetzt die 92.400,00 € entsprechend der geänderten Ausgangslage abzuziehen. Auch hier sind die Zuwendungen um 15,00 € je Ganztagsplatz gesunken, Einnahmeausfall dadurch 79.000,00 €.

Aus Konzessionsabgabenzahlungen der Stadtwerke erwarten wir, wie auch im Vorjahr, 552.000,00 €.

In der Ausgabenstruktur des Verwaltungshaushaltes kommt den Lohnkosten mit 46,3 % die Hauptbedeutung zu. Die Lohnkosten liegen um 71.200,00 € über den Plankosten 2005, da es im Kita – Bereich Neueinstellungen gab. Hinzu kommt die weitere Angleichung im Ost / West Lohngefüge. Laut Tarifvertrag erfolgt zum 01.07 eine Lohnsteigerung um 1,5 % auf dann 95,5 % zum Westniveau. Im Haushalt sind 6.430.000,00 € an reinen Lohnkosten geplant.

Davon entfallen:

- 2.695.300,00 € auf die Verwaltung
- 2.300.400,00 € auf die Kitas
- 1.434.300,00 € auf die nachgeordneten Einrichtungen wie z.B. Bibliothek, Museum, Bauhof usw.

Lohnkostenerstattungen sind insgesamt in Höhe von 192.500,00 € im Haushalt enthalten. Somit reduzieren sich die effektiven Lohnkosten um diesen Betrag auf jetzt 44,9 % aller Gesamtausgaben des Verwaltungshaushaltes.

Die geplanten Aufwendungen für die Werterhaltung von Gebäuden und Anlagen sind gegenüber dem Vorjahr um 40.000,00 € = 12,6 % gekürzt worden.

Für die Bewirtschaftungskosten in unseren Einrichtungen ist der Planansatz im Vergleich zum Vorjahr in etwa gleich geblieben. Es sind 1.200.000,00 € veranschlagt. Die steigenden Energiekosten bergen natürlich auch für den Haushalt der Stadt ein gewisses Risiko.

Zur weiteren Realisierung vor allem im Sozial – und Jugendbereich sind Zuschusszahlungen in Höhe von 371.700,00 € geplant.

Es handelt sich hierbei um Zuschüsse u.a. für:

Freizeithaus	153.400,00 €,
Schulbereich	62.500,00 €,
Obdachlosenbetreuung	40.100,00 €.

Nun zur Kreisumlage.

Infolge des Kreistagsbeschlusses erfolgt eine Erhöhung der Kreisumlage um 4,214 v. H..

Nach altem Umlagesatz hätten wir 2.197.200,00 € zahlen müssen, das lag schon um 263.100,00 € über dem Vorjahresansatz, da auch hier die Steuerkraftmesszahl aus 2004 zur Berechnung kommt.

Die Erhöhung der Kreisumlage bedeutet für uns nochmals eine weitere Ausgabenbelastung von 322.800,00 €. Mit nunmehr 2.520.000,00 € fließen 18,14 % aller Ausgaben des Verwaltungshaushaltes für die Kreisumlage ab. Das ist eine enorme Belastung für den Haushalt der Stadt. In diesem Jahr wird die Erhöhung über die Zuführung aus Rücklagenbeständen ausgeglichen. Der Umlagesatz wird bleiben und noch weiter ansteigen. Es stellt sich dann die Frage, wie soll dieses in den Folgejahren finanziert werden, wo ohnehin schon in der Finanzplanung Fehlbeträge ausgewiesen sind.

Vom Verwaltungshaushalt werden 493.000,00 € an den Vermögenshaushalt abgeführt. Es handelt sich hierbei um die Pflichtzuführung in Form der zu leistenden Kredittilgung. Trotz erster Kürzungen im sogenannten freiwilligen Bereich ist das breite Spektrum auch in 2006 Planbestandteil. Der städtische Zuschuss beträgt dafür 1.197.300,00 €.

Die Einnahmesituation des Vermögenshaushaltes, in dem die investiven Maßnahmen der Stadt geplant werden, hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Haupteinnahmequelle sind weiterhin die Bundes – und Landesmittel. Hier werden 2.187.900,00 € erwartet. Es gibt aber auch hier Veränderungen, so wird die Infrastrukturzuweisung des Landes weiter gekürzt. Erhielten wir im letzten Jahr noch 169.500,00 €, so haben wir in 2006 mit 99.300,00 € einen absoluten Tiefpunkt erreicht (2003 noch 370.000,00 €). Glücklicherweise sind über das FAG die Zuweisungen im Ergebnis der Anpassung an das Landesraumentwicklungsprogramm für Hagenow nicht zurückgegangen. Hier wird die Zentrumsfunktion der Kommune entsprechend honoriert. Wir sind als Mittelzentrum eingestuft und erhalten dafür zur Investitionsfinanzfinanzierung 970.600,00 €, ein Plus gegenüber dem Vorjahr von 81.700,00 €.

Aus Straßenausbaubeiträgen sind Einnahmen für die Vorhaben Bahnhofstraße und Eisenbahnerstraße in Höhe von 121.000,00 € veranschlagt. Erträge aus dem Verkauf von städtischen Flächen sollen im Gesamtumfang von 130.000,00 € eingehen.

Als Hauptinvestitionen sind folgende Maßnahmen geplant:

- Rekonstruktion der ehemaligen Realschule III zum Schulzentrum mit dem Landkreis Ludwigslust; Eigenanteil 500.000,00 € /Aufstockung noch in diesem Jahr durch Fördermittel

- Fortführung der Rekonstruktion des Synagogenensembles
Gesamtausgabe: 400.000,00 €, davon 300.000,00 € Förderung
- Sanierung eines weiteren Sanitärtraktes in der Kita „Regenbogenland“ = 25.400,00 €
- 1.093.800,00 € werden für die Förderprogramme – Altstadtsanierung und Stadtumbau Ost – bereitgestellt. 1/3 sind von der Stadt als Eigenanteil zu tragen.
- Letztmalig werden in 2006 für die Maßnahme – Renaturierung der Schmaar – im 3. Bauabschnitt (1. Bauabschnitt Entschlammung Mühlenteich / 2. Bauabschnitt Schlammfang) 118.000,00 € eingestellt. Die Maßnahme wird voraussichtlich zum 31.12. dieses Jahres abgeschlossen sein.

Abschließend noch ein Wort zum Gesamthaushalt.

Bedingt durch die genannten sehr hohen Mindereinnahmen und Mehrausgaben ist ein Haushaltsausgleich nur über eine derart hohe Zuführung von Rücklagenbeständen möglich. Alles andere wäre reines Wunschdenken. Wir sollten des Jahr 2006 nutzen, um weitere Haushaltskonsolidierungsansätze aufzuzeigen. Dadurch könnte eine Minimierung der Rücklagenentnahme erfolgen. Wir werden auch in den Folgejahren, und das zeigt die optimistische Finanzplanung deutlich, mit erheblichen Fehlbeträgen zu kämpfen haben. Wir müssen gegensteuern durch Erschließung der vollen Einnahmemöglichkeiten und der weiteren Senkung von Ausgaben.

Aber wenn weiter die Einnahmen von Landesseite reduziert werden und der Landkreis die Umlage ansteigen lässt, sind unsere Einsparungsbemühungen gleich wieder eliminiert und greifen bei der Haushaltssanierung nicht.

Aufgrund der geänderten Konstellation bei den Kita – Beiträgen haben wir jetzt ein Einnahmeminus von 92.400,00 € zu verzeichnen. Es wäre nun zu beraten, wie die Deckungslücke gestopft werden kann.

Stadtvertretervorsteher Herr Speßhardt dankt dem Kämmerer für seine Ausführungen.

Herr Antonioli, J. macht gegenüber der Bürgermeisterin deutlich, dass es ihm darum geht, von ihr zu hören – da ja doch ein Interessenkonflikt zwischen Kreis und Kommune stattfindet, was insbesondere die finanzielle Ausstattung angeht – wie sie als Bürgermeisterin die Auswirkungen, aufgrund der Erhöhung der Kreisumlage, für die Stadt Hagenow einschätzt, inwieweit schon daran gearbeitet wird, diesen Betrag zu decken, den sie ja auch durch ihr Abstimmungsverhalten mit herbeigeführt habe.

Bürgermeisterin Frau Schwarz weist Herrn Antonioli, J. zunächst darauf hin, dass Abgeordnete frei entscheiden können und nur ihrem Gewissen verpflichtet sind. Dies nehme sie auch für sich in Anspruch, wenn es um die Belange unserer Stadt Hagenow, die ja zum Landkreis Ludwigslust gehört, geht. Dem Kreis sei sie ebenso verpflichtet.

Die Beweggründe, die sie dazu bewogen haben, schweren Herzens der Kreisumlage zuzustimmen, habe sie bereits genannt.

Ausschlaggebend für sie war die Aussage der freien Träger, dieser Kreisumlage so zuzustimmen, um für ihre Arbeit entsprechend finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt zu bekommen.

Frau Kryzak fragt zum einen an, ob aufgrund der Streichung der Zuschüsse für die Einrichtungen Mädchentreff und Jugendcafe nun zwei Kräfte dort entlassen werden müssen und wenn ja, wie die Arbeit im Freizeithaus qualitativ weitergeführt werden kann und zum anderen, wann mit der Sanierung im Haus der sozialen Dienste begonnen wird (Einbau der Fenster wurde seinerzeit aufgrund der finanziellen Lage gestrichen).

Nach Auskunft der Bürgermeisterin ist die Finanzierung des Jugendcafes – über Festbetragsfinanzierung – abgesichert.

Zur Sanierung im Haus der sozialen Dienste teilt Frau Kamrau mit, dass in diesem Jahr Investitionen aufgrund der Maßnahme Schulzentrum zurückgestellt worden sind, die Investition für das Haus der sozialen Dienste aber irgendwann kommen wird.

Aus der Sicht des Kämmerers ist jedoch eine Rekonstruktion dieses Gebäudes in den nächsten Jahren nicht machbar, da größere städtische Mittel nicht aufzubringen sind, Hauptinvestition in diesem Jahr das Schulzentrum sein wird. Die Verpflichtungsermächtigung binde bereits Mittel in den nächsten Jahren.

Zur Debatte der CDU – Fraktion um die Kreisumlage weist Frau Měšť'an sehr deutlich darauf hin, dass der Kreis, im Gegensatz zu uns als Stadt, über keinerlei Steuereinnahmen verfügt. Dass der Kreistag nicht nur eine Abstimmung getroffen, sondern auch eine Resolution verabschiedet hat, halte sie für gut.

Wenn der Anteil der Steuereinnahmen für die Kommunen nicht erhöht, das Konnexitätsprinzip nicht im Grundgesetz verankert wird, werde man weiterhin immer wieder der verlängerte Arm sein.

Betrachte man die Investitionen insgesamt, so sei der Ausgleich von ca. 90 T€ eine kleine Summe. Aus ihrer Sicht gebe es Mittel und Wege diese Summe auszugleichen.

Sie sei nicht bereit, die Debatte so stehen zu lassen, dass wir heute die Tarifierhöhungen beklagen. Im Vergleich zu anderen Kommunen habe man eine sehr günstige Situation.

Es gebe aber auch Einsparungsmöglichkeiten, die noch nicht genügend ausgeschöpft wurden. So zum Beispiel in der Verwaltungszusammenführung Stadt Hagenow / Amt Hagenow – Land. Um den Haushalt 2006 ausgeglichen zu verabschieden bleibe vielleicht nur die Chance, die Entnahme aus der Rücklage, eine Kreditaufnahme oder die Verwaltung zu beauftragen, den Fehlbetrag in Höhe von ca. 90 T€ im Rahmen eines Haushaltssicherungskonzeptes auszugleichen.

Nach Auskunft des Kämmerers sei im kommunalen Bereich eine Kreditaufnahme zur Deckung von Fehlbeträgen im Verwaltungshaushalt nicht möglich. Der Rücklagenbestand belaufe sich auf derzeit 200 T€. Dies sei aber die Mindestrücklage, die lt. § 21 der Gemeindehaushaltsverordnung gehalten werden muss, um Liquiditätsschwankungen, die im Laufe des Jahres auftreten können, auszugleichen (Widerspruchrecht der Bürgermeisterin).

Herr Dr. Buchholz sieht die Einsparungsmöglichkeit hinsichtlich der Ämterzusammenführung nicht als solche an, da das Amt Hagenow – Land eine Zusammenführung nicht beabsichtigt. Man solle sich hier doch auf realistische Einsparungen besinnen.

Da bereits in der Haushaltsklausur angeregt wurde, über die Maßnahme Synagogenensemble nachzudenken, erkundigt sich Frau Tamm nach Möglichkeiten, wie man hier weiter verfahren könnte.

Bürgermeisterin Frau Schwarz warnt eindringlich davor, diesen Haushaltsposten anzugreifen und verweist auf Fördermittel / Spenden, die bereits eingegangen bzw. noch in Aussicht stehen. Diese Einrichtung sei eine wichtige Adresse und werde ein großer Vorteil, nicht nur für die Stadt Hagenow, sein.

Für Herrn Antonioli, J. stehe aber immer noch die Frage im Raum, wie wir die Synagoge in der Folgezeit betreiben wollen. Diese Einrichtung werde dann sicherlich auch einen

Haushaltsposten einnehmen. Der Nutzungsplan sehe zwar vor, dass die Mitarbeiter des Museums die Synagoge mit betreiben, fraglich sei aber, wie das Personal diese zusätzlichen Aufgaben bewältigen soll. Laut § 9 (3) der Gemeindehaushaltsverordnung (Zitat), sei der Stadtvertretung eine Folgekostenschätzung vorzulegen.

Nach den Worten der Bürgermeisterin habe der Direktor des Museums seine sofortige Bereitschaft signalisiert, ein Konzept vorzulegen, welches die Betreuung der Synagoge mit dem Museum gemeinsam beinhaltet. Die Aufgabenbewältigung werde dann über Arbeitszeitverlagerungen abgesichert. Das Gesamtkostenkonzept für die Synagoge liege vor und könne den Stadtvertretern zur Verfügung gestellt werden.

Kämmerer Herr Hochgesandt geht davon aus, dass der Haushalt nicht in Größenordnungen belastet wird, da neben der städtischen Unterstützung die Abwicklung über einen Verein erfolgen soll.

Herr Opitz zeigt konkrete Vorschläge auf, wo Einsparungen vorgenommen bzw. Einnahmen zu erwarten wären. So zum Beispiel:

- Erhebung einer Gebühr für die Nutzung der Sportplätze;
- über die Notwendigkeit einer teuren WC – Anlage am Parkplatz Rathaus nachdenken;
- Privatisierung Wartung der öffentlichen Toiletten;
- Energie einsparen und
- Erhöhung der Vergnügungssteuer.

Wenn, sollte man hier schon konkrete und nicht allgemein gehaltene Vorschläge unterbreiten. Da von Herrn Opitz diesbezüglich direkt angesprochen, bringt Herr Dr. Buchholz zum Ausdruck, dass er versuche, finanzielle Mittel zu sparen bzw. Vorschläge zu machen, Mehrausgaben zu vermeiden.

Herr Helms stellt klar, dass seine Fraktion sich sehr wohl Gedanken über Einsparungsmöglichkeiten gemacht hat, seinerzeit das Haushaltskonsolidierungskonzept massiv durchgearbeitet und Vorschläge aufgegriffen wurden.

Kämmerer Herr Hochgesandt weist den Stadtvertretervorsteher darauf hin, dass der vorliegende Beschlussvorschlag so nicht zur Abstimmung gestellt werden kann, da die Haushaltssatzung aufgrund des Fehlbetrages von 92.400,00 € nun nicht mehr ausgeglichen ist.

Herr Schlüter schlägt eine Auszeit vor.
Dem wird entsprochen.

AUSZEIT von 21.00 Uhr bis 21.10 Uhr

Stadtvertretervorsteher Herr Speßhardt verliest den geänderten Beschlussvorschlag.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtvertretung beschließt:

1. Die Haushaltssatzung 2006 mit einem Fehlbetrag von 92.400,00 € im Verwaltungshaushalt der Stadt Hagenow mit den Anlagen Haushalts -, Finanz – und Stellenplan.
2. Der im Verwaltungshaushalt enthaltene Fehlbetrag von 92.400,00 € ist im Rahmen eines Haushaltssicherungskonzeptes auszugleichen.
3. Den Wirtschaftsplan 2006 des Abwasserzweckverbandes Hagenow und Umlandgemeinden.
4. Den Wirtschaftsplan 2006 der Hagenower Wohnungsbau GmbH.

5. Die Wirtschaftspläne 2006 der Stadtwerke Hagenow GmbH, der Hagenower Jugendbegegnungsstätte GmbH und des Wasser – und Bodenverbandes „Boize, Sude, Schaale“ werden zur Kenntnis genommen.

Ergebnis der Abstimmung: 21 Jastimmen, keine Neinstimme, eine Stimmenthaltung

Beschluss – Nr.: 2006/ 0010

Zu TOP 9

=====

Antrag der SPD – Fraktion:

Ortsumgehung Stadt Hagenow

Herr Speßhardt weist darauf hin, dass zu diesem Antrag ein Ergänzungsantrag der CDU – Fraktion sowie Enrico Reuter (FDP) vorliegt.

Zunächst begründet Herr Möller die eingereichte Beschlussvorlage der SPD – Fraktion und erläutert die Trassenführung, deren Verlauf wie folgt vorgeschlagen wird:

Aus Richtung Toddin kommend, in Höhe Sieben Eichen in einer Linkskurve in Richtung Granzin über das Anschlussgleis zur Bundeswehr, zwischen Kleingartenanlage und Verladestelle der Bundeswehr. Den Granziner Weg kreuzen, in Höhe des Grenzknieks zwischen Granzin und Hagenow. Die Bahnlinie nach Wittenburg überqueren, etwa in Höhe des an der Bahnlinie stehenden Stahlgittermastes. Die L 04 nördlich der ehemaligen Bäckerei queren und die Trasse am nördlichen Rand der kleinen Bekow entlang führen bis zur Schneise der abgebauten Hochspannungsleitung, die zwischen großer und kleiner Bekow verlief. Diese Schneise nutzend, die Trasse zur B 321 in Höhe der Tankstelle am Gewerbegebiet Sudenhof führen und dort an die B 321 bei der Ampelanlage einbinden.

Dies sei nicht die Variante 5, wie sie von der Bürgerinitiative vorgeschlagen wird, sondern eine fünfte Variante.

Ergänzend sollte aufgenommen werden, dass die Variante 5, die bereits im Gespräch ist, als Variante 5 a bezeichnet wird, beide Varianten zur Diskussion stehen, wenn das Raumordnungsprogramm eingeleitet wird, so Herr Helms.

Diesen Antrag unterstützend, macht Herr Schlüter deutlich, dass eine Umgehungsstraße für Hagenow dringend erforderlich ist, die Variante 5, gegenüber den Varianten 1 bis 4, die bessere und umweltverträglichere ist. Unterstützt werde auf jeden Fall eine Variante, die keine schwerwiegenden Eingriffe vorsieht.

Herr Schlüter erklärt seine Bereitschaft, sich hier auch persönlich einzubringen, wenn es gewünscht wird, um beim Straßenbauamt weitere Gespräche zu führen und unsere Vorstellungen mit einzubringen.

Sich den Worten von Herrn Schlüter anschließend, bringt Frau Měšť'an zum Ausdruck, dass es wichtig sei, die für alle am günstigsten und den gesetzlichen Rahmenbedingungen entsprechende Variante umzusetzen.

Stadtvertretervorsteher Herr Speßhardt verliest den Ergänzungsantrag der CDU – Fraktion sowie Enrico Reuter (FDP).

Dieser lautet: Die Stadtvertretung spricht sich für eine 5. Variante der Nordumgehung aus, sofern diese nach Überprüfung durch das Straßenbauamt technisch und

finanziell durchführbar ist. Weiterhin muss die 5. Variante eine spürbare Entlastung der bisherigen Bundesstraße gewährleisten.
Sollte der Bau der Variante 5 nicht möglich sein bzw. abgelehnt werden, so muss weiterhin an dem Bau der Nordumgehung festgehalten werden.

Herr Helms spricht sich dafür aus, auch die Variante 5 a im Beschlussvorschlag mit zu benennen.

Herr Schlüter merkt an, dass dann dem Beschluss auch ein zeichnerischer Teil beigelegt werden muss, um die Variante 5 und die Variante 5 a zu erkennen.

Er schlägt vor, sich darauf zu verständigen, dass wir eine andere Variante, die wir als fünf bezeichnen, favorisieren, weiter nördlich gelegen. Dies sei doch der allgemeine Wille.

Herr Möller gibt zu verstehen, dass es darum geht, eine 5. Variante zu entwickeln, die Bürgermeisterin mit diesem Beschluss beauftragt werden soll, diese 5. Variante dem Straßenbauamt mitzuteilen und mit Nachdruck einzufordern.

Es folgt die Abstimmung über den Ergänzungsantrag der CDU – Fraktion sowie Enrico Reuter (FDP).

Ergebnis der Abstimmung: 22 Jastimmen, keine Neinstimme, keine Stimmenthaltung

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung der Stadt Hagenow wird aufgefordert, sich beim Straßenbauamt Schwerin und dem Amt für Raumordnung dahingehend einzusetzen, dass die auf der Einwohnerversammlung am 01.12.2005 vorgeschlagene 5. Variante der Trassenführung im Planverfahren aufgenommen wird.

Die Stadtvertretung spricht sich für eine 5. Variante der Nordumgehung aus, sofern diese nach Überprüfung durch das Straßenbauamt technisch und finanziell durchführbar ist.

Weiterhin muss die 5. Variante eine spürbare Entlastung der bisherigen Bundesstraße gewährleisten. Sollte der Bau der Variante 5 nicht möglich sein bzw. abgelehnt werden, so muss weiterhin an dem Bau der Nordumgehung festgehalten werden.

Ergebnis der Abstimmung: 22 Jastimmen, keine Neinstimme, keine Stimmenthaltung

Beschluss – Nr.: 2006/ 0015

Zu TOP 10

=====

Antrag der CDU – Fraktion:

Nutzung der Sportanlagen Hagenow – Land, Eisenbahnerstraße, durch den ESV „ 48“ Hagenow e.V.

Herr Schlüter begründet vorab den Antrag.

Herr Opitz schlägt vor, den Beschlussvorschlag wie folgt zu ergänzen:

„ Die Stadtverwaltung wird beauftragt, **gemeinsam mit dem ESV** .“

Der Ergänzungsvorschlag wird seitens der CDU – Fraktion angenommen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt – gemeinsam mit dem ESV „48“ Hagenow e.V. – mit der Deutschen Bahn AG Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen, eine weitere Nutzung der Sportanlagen durch den ESV „48“ Hagenow e.V. in Hagenow – Land, Eisenbahnerstraße, zu ermöglichen. Der Ausschuss Schule, Kultur und Sport sowie der Hauptausschuss sind über das Ergebnis zu informieren.

Ergebnis der Abstimmung: 21 Jastimmen, keine Neinstimme, eine Stimmenthaltung

Beschluss – Nr.: 2006/ 0016

Zu TOP 11

=====

Antrag der Linkspartei. PDS:

Wettbewerb „ Wirtschaftsfreundlichste Kommune des Landes Mecklenburg – Vorpommern“

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Hagenow beteiligt sich am Wettbewerb „ Wirtschaftsfreundlichste Kommune“ und reicht die Unterlagen dazu bis zum 31.03.2006 beim Land ein.

Ergebnis der Abstimmung: 22 Jastimmen, keine Neinstimme, keine Stimmenthaltung

Beschluss – Nr.: 2006/ 0017

Zu TOP 12

=====

Antrag der Linkspartei. PDS:

Ausstellung „ Neofaschismus in Deutschland“

Frau Měšťan begründet vorab den Antrag.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die bundesweite Ausstellung „ Neofaschismus in Deutschland“ im Hagenower Rathaus innerhalb der Projektwoche, die der Kriminalpräventionsrat im April 2006 durchführen will, der Öffentlichkeit vorzustellen.

Ergebnis der Abstimmung: 22 Jastimmen, keine Neinstimme, keine Stimmenthaltung

Beschluss – Nr.: 2006/ 0018

Zu TOP 13

=====

Antrag der Linkspartei. PDS:

Schaltzeiten der Straßenbeleuchtung in Hagenow

Herr Wrانkmore zeigt den Einspareffekt, der bei der vorgeschlagenen Abschaltung der Straßenbeleuchtung erzielt werden könnte, auf. So könnten im Jahr zwischen 20 und 25 T€ eingespart werden.

Nach Meinung von Herrn Schlüter sei der Vorschlag vom Grundsatz her in Ordnung. Es stelle sich hier aber die Frage, was wir tatsächlich einsparen, was mit „ sicherheitsrelevanten

Kreuzungsbereichen“ gemeint ist. Es müsse konkret ausgearbeitet werden, welche Bereiche beleuchtet bleiben müssen und welche abgeschaltet werden können.

Auch spielen Sicherheitsaspekte keine unwesentliche Rolle.

Herr Schlüter unterbreitet den Vorschlag, die Beschlussvorlage noch mal in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr zu verweisen und dort zu konkretisieren.

Herr Wrangmore erklärt, damit kein Problem zu haben, befürchtet aber dadurch wieder einen Zeitverlust, zumal über diese Thematik schon mehrfach gesprochen worden ist.

Herr Dr. Buchholz bestätigt eine bereits mehrfache Behandlung dieser Thematik im Bauausschuss. Da seinerzeit immer wieder Gründe genannt wurden, die eine Umsetzung nicht ermöglichen, sei es dabei geblieben. Wenn eine erneute Verweisung in den Bauausschuss erfolge, müsse aber definitiv zu einem bestimmten Zeitpunkt eine klare Aussage getroffen werden.

Herr Schlüter schlägt vor, diesen Punkt auf die nächste Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr zu nehmen und die Verwaltung zu beauftragen, bis zu diesem Termin eine Zuarbeit vorzulegen.

Nach Auskunft des Bauamtsleiters liege diese bereits vor. Es müsse nur noch die Zeit der Abschaltung der Straßenbeleuchtung festgelegt werden.

Dass nach mehrfachen Beratungen im Bauausschuss jetzt mitgeteilt wird, es liege alles vor, stößt bei Herrn Reuter auf Unverständnis.

Bauamtsleiter Herr Näth informiert, dass es eine Variante über die Abschaltung einzelner Straßenlampen gab, diese aber rechtlich strittig ist. Diese sei auch schon praktiziert worden. Es sei immer darum gegangen, ob eine komplette oder eine wechselseitige Abschaltung vorgenommen werden soll. Dies müsse festgelegt werden.

Stadtvertretervorsteher Herr Speßhardt schlägt vor, die Beschlussvorlage in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr zu verweisen.

Herr Opitz stellt den Antrag, über den Beschlussvorschlag jetzt abzustimmen.

Es folgt zunächst die Abstimmung über den Antrag von Herrn Schlüter, die Beschlussvorlage in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr zu verweisen.

Dem Antrag wird mehrheitlich (17 Jastimmen, 3 Neinstimmen, 2 Stimmenthaltungen) entsprochen.

- -

Stadtvertretervorsteher Herr Speßhardt schließt um 21.45 Uhr den öffentlichen Teil.

Die Besucher verlassen den Sitzungssaal.

Speßhardt

Wiepcke

Stadtvertretervorsteher

Protokollführer